

Bildung einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft

Am 14. Februar 1947 fand in Berlin eine Beratung zwischen dem Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und den Vertretern der Kommunistischen Partei Deutschlands in den westlichen Besatzungszonen statt.

Die Beratung würdigte den außerordentlichen Ernst der innen- und außenpolitischen Situation Deutschlands und unterstrich angesichts der bevorstehenden Moskauer Konferenz die Bedeutung des Kampfes um die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Es wurde für unumgänglich notwendig gehalten, schnellstens eine enge Zusammenarbeit *aller* sozialistischen Parteien in ganz Deutschland herzustellen und die *Einheit der deutschen Arbeiterbewegung über die Zonengrenzen hinweg* einzuleiten. Dies ist der einzige Weg, der aus der nationalen Katastrophe herausführt. Es ist auch der einzige Weg, der dem deutschen Volke die Aussicht auf Erhaltung seiner Existenz bietet und Deutschland den Frieden mit der Welt und eine bessere Zukunft sichert.

Die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung ist nicht möglich auf der Grundlage der alten Politik sowohl der SPD als auch der KPD. Die geschichtlichen Erfahrungen und die neuen Bedingungen in Deutschland erfordern eine neue Grundlage, wie sie in den „Grundsätzen und Zielen“ und in der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geschaffen worden ist. Nur so kann auch die Einheit der Arbeiterbewegung in West- und Süddeutschland verwirklicht werden.

Um eine der Voraussetzungen für die Bildung einer einheitlichen sozialistischen Partei in ganz Deutschland zu schaffen, haben die Vertreter der Zonenleitungen der Kommunistischen Partei Deutschlands dem Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorgeschlagen, eine *Arbeitsgemeinschaft* beider Parteien zu bilden. Der Parteivorstand hat diesem Vorschlag zugestimmt.